

# „Ein bisschen verändern reicht nicht“

Der Philosoph Prof. Andreas Hetzel über den Klimawandel, Apokalypse-Blindheit und zivilen Ungehorsam.

Herr Professor Hetzel, Sie schreiben in Ihrem Vorwort zu einem Band über zivilen Ungehorsam mit Verweis auf frühere lebensauslöschende Katastrophen wie Meteoriteneinschläge und Vulkanausbrüche, dass „Leben auf unserem Planeten letztlich unwahrscheinlich ist“. Ist der Mensch selbst die größte Katastrophe, die der Welt zustoßen könnte?

In gewisser Weise schon. Das Tragische daran ist, dass die Menschheit ja keine Katastrophe sein muss. Wir haben mit unserer Lebensweise eine ähnliche Wirkung wie Naturkatastrophen, aber wir wären zumindest im Prinzip immer in der Lage, anders zu handeln. Dabei ist auch nicht die schiere Zahl der Menschen das Problem, die Erde könnte sehr viele Menschen ernähren und beherbergen. Es ist die Frage, wie die Menschen leben, und welche Folgen das hat.

Was treibt die Menschen dazu, sich der Lebensgrundlage zu berauben?

Zunächst muss man sagen, dass wir Menschen es sehr lange Zeit auch gut geschafft haben, die Lebensgrundlagen nicht zu zerstören. Über zehntausende Jahre haben Menschen in ihren Umwelten gelebt und diese auch immer in einer gewissen Form verändert, aber nie so sehr, dass das Überleben von Pflanzen und Tieren auf dem Spiel stand. Das ist ja eine relativ neue Entwicklung, die mit der Industrialisierung begann. Das Leben in heutigen Gesellschaften ist stark dadurch geprägt, dass viele Einzelne versuchen, ihre Konsumchancen zu erhöhen. Durchgesetzt hat sich die Bewertung, dass ein gutes Leben von materiellen Gütern abhängt. Wenn andere Lebensentwürfe dadurch verdrängt werden, hat das zwangsläufig Auswirkungen auf die Erde und die Lebensgrundlage. Es ist eine wichtige Aufgabe von Politik, aber auch von Pädagogik, ein anderes Bild zu prägen: Auch ein nicht auf Konsum fixiertes Leben kann ein freudvolles Leben sein. Das müssen wir erst wieder lernen.

Aber es gibt ausreichend wissenschaftliche Studien und Fakten zum Klimawandel, die eigentlich ausreichen sollten, klarzumachen, wie ernst die Lage ist, und dass es eben keine Zeit gibt, auf einen langsamen Wandel und einsetzendes Bewusstsein zu setzen. Es passiert nicht genug. Ist das kollektive Dummheit? Schockstarre? Selbstzerstörungstrieb?

Die Dimension der Krise trägt dazu bei, dass viele die Augen verschließen. Der Philosoph Günther Anders hat schon in den 1950er Jahren ein Stichwort geprägt, das gut passt. Anders hatte angesichts der nuklearen Aufrüstung und der Tatsache, dass sich die Menschheit selbst mit Atomwaffen auslöschen kann, von einer



Prof. Andreas Hetzel in seinem Büro an der Universität Hildesheim.

FOTO: JAN FUHRHOP

## Zur Person

Dr. Andreas Hetzel lehrt und forscht seit 2015 als Professor für Sozialphilosophie an der Universität Hildesheim. Der 57-Jährige hat 2020 ein Sonderheft der Allgemeinen Zeitschrift für Philosophie zum Thema „Ziviler Ungehorsam in der Klimakrise“ herausgegeben und dafür das Vorwort geschrieben.

Apokalypse-Blindheit gesprochen. Heißt: Die Menschen wissen, dass es so sein könnte, sind aber trotzdem nicht in der Lage, es sich wirklich vorzustellen, was es bedeuten würde. Ich glaube, bei der Klimakatastrophe oder auch Biodiversitätskrise ist es ganz ähnlich. Wir hören die Botschaften, und als rationale Wesen können wir verstehen, dass es die Biosphäre und alle Menschen zukünftiger Generationen betreffen kann. Aber wir sind trotzdem in einem Nahhorizont gefangen: Ich kann die Folgen meiner Handlungen nicht unmittelbar direkt sehen – sie zeigen sich über sehr viele Schritte und zeitlich verzögert irgendwo auf der Welt. Das macht es sehr schwer, die Lage zu erfassen und zu begreifen, was alles auf dem Spiel steht.

Das Zeitalter, in dem wir leben, wird auch als Anthropozän beschrieben: Eine Epoche, in dem die Menschheit der entscheidende Faktor geworden ist und sie ihre Herrschaft über Umwelt und Natur dazu nutzt, Ressourcen auszubehalten, bis zum Überleben kaum noch was da ist. Würde man in tausenden Jahren dann im Erdreich buddeln, könnte man anhand der Fossilien in den Schichten erkennen: Im 21. Jahrhundert gab es einen krassen Einbruch in der Evolution, es muss ein großes Sterben gegeben haben. Ist das aus Ihrer Sicht eine allzu dystopische Theorie?

Ich halte es für realistisch. Was die Aussterberate von Lebewesen betrifft, muss man sagen: Es ist nicht nur eine Hypothese, sondern es geschieht gerade wirklich. Bereiche wie tropische Regenwälder verschwinden ganz massiv, damit verschwinden auch Arten. Deren Entwicklungslinien brechen jetzt relativ plötzlich ab. Der Begriff Anthropozän wurde deswegen geprägt, frühere erdgeschichtliche Epochen haben sich auch dadurch definiert, dass plötzlich bestimmte Entwicklungslinien enden. Zum Beispiel die Linie der Dinosaurier nach einem Meteoriteneinschlag.

Ist ziviler Ungehorsam ein Mittel, es doch noch zu verhindern, oder zumindest dafür zu sorgen, dass weniger Entwicklungslinien enden und Arten aussterben?

Es ist sicher nicht das einzige Mittel, aber ich sehe die Stärke von zivilem Ungehorsam darin, dass er auf Dringlichkeiten aufmerksam machen kann und wichtige Themen in die öffentliche Debatte bringt. Ziviler Ungehorsam sorgt nicht direkt dafür, dass es weniger Emissionen gibt, aber er streut Sand ins Getriebe, unterbricht Routinen. Im besten Fall bewirkt er dann ein Nach- und Umdenken. Er kann aber auch das Gegenteil bewirken und das sehen wir ja gerade bei den Aktionen von der Gruppe Letzte Generation, wenn danach vor allem über die Form gesprochen wird, nicht aber über die Inhalte.

Das Oberlandesgericht (OLG) Celle hat ein Amtsgerichts-Urteil gegen einen Klimaktivisten bestätigt. Der Mann hatte die Fassade eines Ungeübendes in Lüneburg mit Farbe beschmiert. Das OLG erklärte: Beim Farbschlag handelt es sich um eine Symboltät, die keinen unmittelbaren Einfluss auf den Klimawandel hat. Die Aktion durch zivilen Ungehorsam zu rechtfertigen liefe auf eine grundsätzliche Legalisierung von Straftaten zur Erreichung politischer Ziele hinaus. Glauben Sie, dass das Strafrecht angesichts der Bedrohungen durch den Klimawandel im Lauf der nächsten Jahre noch angepasst und der zivile Ungehorsam künftig anders bewertet werden wird? So wie ich zivilen Ungehorsam verstehe, muss er gewaltfrei sein und darf sich nicht gegen Menschen richten. Bei Gewalt gegen Dinge, zu der man auch Sachbeschädigung zählen kann, kann man geteilter Meinung sein. Fest steht: Wer Sachen beschädigt, muss damit rechnen, dass die öffentliche Stimmung sich gegen ihn richtet. Grundsätzlich muss man wissen: Die Menschen, die zivilen Ungehorsam praktizieren,

nehmen das Bestraftwerden in Kauf. Sie stellen nicht den Rechtsstaat als solchen in Frage, sie lehnen sich nicht gegen die Gesetze auf, die bestimmte Taten wie Sachbeschädigungen unter Strafe stellen. Sie stehen dafür gerade, was sie tun, weil sie hoffen, dass die Symbolwirkung so groß ist, dass sich die Gesellschaft mit dem jeweiligen Thema beschäftigt. Zum Kern Ihrer Frage: Wenn wir in die Vergangenheit schauen, gibt es einen interessanten Aspekt – es sind zum Beispiel in den 1950er/60er Jahren Formen des zivilen Ungehorsams praktiziert worden, die zu damaliger Zeit klare Rechtsverstöße waren, die aber den Weg gebahnt haben, bestimmte Formen gesell-

ber 2018 einer Klage des BUND gegen die weitere Rodung stattgab. Die Besetzung hat also nicht nur öffentliche Debatten angeregt, sondern wirklich etwas bewirkt. Und was die in Berlin verstorbenen Radfahrerinnen betrifft: Ihr Tod ist tragisch, trotzdem halte ich es für falsch, die Schuld hier nur bei den Klimaktivisten zu sehen. Wenn sonst Rettungswagen ein Krankenhaus verspätet erreichen, weil ihre Fahrt durch den Feierabendverkehr oder einen Stau behindert wurde, würde die Presse nicht davon berichten.

Der Historiker Alexander Sedlmaier hat in einem „Zeit“-Interview gesagt, heutige Klimaktivisten seien nicht extremistisch und würden in 100 Jahren vielleicht sogar mit Gedenktafeln geehrt. Teilen Sie die Einschätzung? Ich teile zunächst einmal die Einschätzung, dass die derzeitigen Klimaktivisten nicht extremistisch sind. Deren Ziel ist kein Systemsturz, sie wollen nicht demokratische Strukturen abschaffen. Sie wollen darauf hinweisen, dass Menschen handeln müssen, um die Zuspitzung des Klimawandels zu verhindern, und dass es eben nicht schon irgendwem gutgehen wird, wenn wir nur abwarten. Vielleicht sind diese meist jungen Leute einfach besser in der Lage, die Probleme nicht zu verdrängen, so wie meine Generation. Das verdient aus meiner Sicht erstmal durchaus Respekt. Ich kann mir vorstellen, dass sie irgendwann einmal geehrt werden, so wie wir heute Aktivisten des Civil Rights Movements wie Martin Luther King, Rosa Parks und andere ehren.

Die Mehrheit der Bevölkerung ist laut Umfragen der Überzeugung, die Bundesregierung tue nicht genug, um die Menschen vor den negativen Folgen des Klimawandels zu schützen. Warum gehen nicht viel mehr Menschen auf die Straße und demonstrieren? Die Mehrheit glaubt weiterhin, dass wir die Welt auch retten können, wenn wir uns ein bisschen verändern, dass kein radikaler Wandel nötig ist. Der Rockmusiker Neil Young hat mal ein Projekt verfolgt, dass er „Reempowering the American Dream“ nannte, also die Neubelebung des Amerikanischen Traums. Es ging darum, einen klassischen großen Straßenschlitten aus den 1950er Jahren mit einem Elektromotor zu versehen. Das sollte zeigen: Man kann den amerikanischen Kult um große Autos und die historische Freiheit weiterleben, das ganze aber nachhaltiger und klimafreundlich. Aus meiner Sicht ist das ein Beispiel für ein Missverständnis: Es reicht nicht, so weiterzumachen wie bisher, einfach nur mit leichten Modifikationen. Die Menschen schrecken vor den entscheidenden und grundlegenden Schritten zurück – wir müssten über die Reduzierung des Individualverkehrs diskutieren, und nicht darüber, wie wir jedes Auto mit Verbrennermotor durch eines mit Elektromotor ersetzen können.

Interview: Jan Fuhrhop

Die Dimension der Krise trägt dazu bei, dass viele die Augen verschließen.

schafflicher Ungleichheit anders und neu zu betrachten. Ganz bekannt ist der Einsatz der Afroamerikanerin Rosa Parks, die sich in den 1950er Jahren in den USA in einem Bus auf einen für Weiße reservierten Platz gesetzt hat. Das hat etwas in Bewegung gebracht und Nachahmerinnen gefunden. So führte ein Aufbruch über das Civil Rights Movement zu einer Rechtsreform. Es wäre aus meiner Sicht denkbar, dass durch Formen des zivilen Ungehorsams auch die Energiewende und der Ausstieg aus Fossilien Brennstoffen beschleunigt werden könnte.

Es könnten aber auch trotz gewaltfrei geplanter Aktionen Menschen zu Schaden kommen. Der Fall einer nach einem Unfall in Berlin verstorbenen Radfahrerin hat zumindest gezeigt, dass Zusammenhänge zwischen Staus durch Blockaden und verspäteten Rettungseinsätzen möglich sein könnten. Würden Sie tatsächlich sagen, dieses Risiko müssen Aktivisten in Kauf nehmen und so lange das nicht ihr Ziel ist, ist es vertretbar?

Ja, ich fürchte, dieses Risiko müssen die Aktivistinnen in Kauf nehmen. Ähnlich war es ja bei den Baumbesetzungen im Hambacher Forst durch den Rodungsarbeiten in einem Gebiet verhindert wurden, das für den Braunkohle-Tagebau erschlossen werden sollte. Durch die Besetzung von Bäumen haben die Aktivistinnen indirekt Polizisten gefährdet, die von der Politik den riskanten Auftrag erhielten, die Baumhäuser zu räumen. Unser Strich verlief die Baumbesetzung aber erfolgreich. Zum einen haben sich keine Polizisten schwer verletzt, zum anderen konnten die Rodungsarbeiten so lange verzögert werden, bis das Oberverwaltungsgericht NRW im Okto-

## OLG über zivilen Ungehorsam

Hildesheim. Mit der zunehmenden Zahl von Protestaktionen durch Gruppen wie Letzte Generation steigt auch die Zahl der Gerichtsverfahren. Es geht häufig um Sachbeschädigungen oder Nötigung – und um die Frage, ob ziviler Ungehorsam so etwas wie ein Freiheitsrecht ist für Straßenblockaden und andere Aktionen sein kann. Hunderte Ermittlungsverfahren laufen alleine in Berlin, mehrere Aktivisten haben bereits Geldstrafen bekommen. Es gibt verurteilte Urteile von Amtsgerichten, die von der Staatsanwaltschaft geforderte Strafen nicht verhängt und angeklagte Aktivisten freigesprochen haben, weil sie in den konkreten Fällen Straßenblockaden nicht als Nötigung und nicht als „ver-

worfllich“ angesehen haben. Diese Urteile sind aber noch nicht rechtskräftig – gut möglich, dass höhere Gerichte sie kassieren.

Einstimmig hat sich das Oberlandesgericht (OLG) Celle positioniert und ein Urteil des Amtsgerichts Lüneburg gegen einen solchen Klimaktivisten bestätigt. Der hatte im Sommer 2021 die Fassade des Zentralgebäudes der Uni Lüneburg mit Farbe beschmiert, um auf den Klimawandel aufmerksam zu machen und zum sofortigen Handeln zu appellieren. Das Amtsgericht hatte ihn wegen Sachbeschädigung zu einer Geldstrafe verurteilt.

Diese Verurteilung hat das OLG bestätigt und erklärt: Die Sachbeschädigung sei nicht aufgrund

eines Notstands nach § 34 des Strafgesetzbuchs (StGB) gerechtfertigt. Es handele sich um eine Symboltät, die keinen unmittelbaren Einfluss auf den Klimawandel habe. Darüber hinaus sei nicht ersichtlich, dass die Gefahr eines Klimawandels nicht anders als durch die Begehung von Straftaten abgewendet werden könnte. Die Sachbeschädigung, so die Richter, sei nicht durch zivilen Ungehorsam gerechtfertigt. Ihre Argumentation: Diese Rechtfertigung basiere allein auf der Überzeugung des Handelnden von der Überlegenheit seiner eigenen Ansicht – und würde man sie akzeptieren, liefe dies auf eine grundsätzliche Legalisierung von Straftaten zur Erreichung politischer Ziele hinaus.